

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Wirtsch.-Düncker)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 12.

Berlin, Mittwoch, 10. Februar 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein sozialpolitisches Programm. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Gewerksvereins-Zeil. — Verbands-Zeil. — Anzeigen-Zeil.

Ein sozialpolitisches Programm.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern gibt sowohl den einzelnen politischen Parteien Gelegenheit, ihre Arbeiterfreundlichkeit zu zeigen, als auch dem leitenden Staatssekretär, seine nächsten Pläne zu entrollen. Der jetzige Minister für Sozialpolitik, Herr v. Bethmann-Hollweg, hat es ebenso wie sein Vorgänger Graf Posadowsky verstanden, sich, man darf wohl sagen, bei allen Parteien hohe Achtung und Anerkennung zu erwerben. Es wird ihm Vertrauen entgegengebracht, womit natürlich nicht gesagt werden soll, daß alle seine Handlungen und Absichten durchweg Beifall finden. Aber er ist zweifellos ein Mann von hohem sozialen Empfinden und durchdrungen von dem Wunsche, vermittelnd zwischen den widerstrebenden Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu wirken. Das bringt es freilich wieder mit sich, daß er beide Seiten nicht voll befriedigt. Jedensfalls weiß der Staatssekretär, was er will. Das zeigt auch die Rede, die er am letzten Freitag gehalten hat und die man gewissermaßen als sein sozialpolitisches Programm betrachten darf.

Nachdem Herr v. Bethmann-Hollweg, dem übrigens auch bei dieser Gelegenheit von allen Seiten lebhafteste Anerkennung gezollt worden war, dem Wunsche Ausdruck verliehen hatte, nicht immer wieder mit neuen Wünschen hervorzutreten, da das der Förderung des sozialen Willens nicht zuträglich sei, suchte er die von mehreren Seiten angegriffene Bundesrats-Verordnung über die Arbeitsverhältnisse in der schweren Eisenindustrie zurückzuziehen. Auf verschiedene in der Debatte laut gewordene Wünsche eingehend, kündigte er des weiteren Gegenwürfe über die Privatbeamtenversicherung und die Regelung der Sonntagsruhe sowie Erhebungen über die Lage des Mittelstandes an. Alle diese Dinge befinden sich noch in dem Stadium der Erwägungen.

Besondere Beachtung verdienen die Ausführungen des Staatssekretärs über die Regelung des Tarifwesens. Die Tarifverträge finden bei Herrn v. Bethmann-Hollweg volle Anerkennung. Von einer öffentlichen rechtlichen Regelung, wie man sie in einigen australischen Staaten kennt, kann aber nach seiner Meinung in Deutschland nicht die Rede sein. Es könnte sich bei uns immer nur um eine zivilrechtliche Erledigung handeln. Da sich in den letzten Jahren das Tarifvertragswesen in Deutschland ganz außerordentlich entwickelt habe, ohne daß die Gesetzgebung sich irgendwie damit beschäftigt habe, hält er eine dringende Notwendigkeit, das Tarifwesen gesetzlich zu regeln, nicht für gegeben. Die Praxis ist bisher ohne das Gesetz ausgekommen und hat etwaige Streitigkeiten der Rechtsprechung zur Entscheidung unterbreitet. Durch dieses allmähliche Anpassen an die tatsächlichen Bedürfnisse werde das Tarifwesen am besten geregelt werden. Durch gesetzliche Eingriffe würde man die natürliche und insoweit gesunde Entwicklung nur stören.

Danach scheint es, als ob man im Reichsamt des Innern der gesetzlichen Regelung des Tarifvertragswesens keineswegs so freundlich gegenübersteht, wie man nach den Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Nieberding vom Reichsjustizamt annehmen müßte. Dieser hat erst vor kurzem erklärt, daß diese Materie dem Reichsamt des Innern zur Regelung überwiesen worden sei. Jedensfalls besteht hier ein gewisser Widerspruch zwischen den beiden Staatssekretären, der dringend der Lösung bedarf.

Den größten Teil der Rede des Staatssekretärs bildeten die Ausführungen über die Reform der Arbeiterversicherung. Das neue Gesetz, die Reichsversicherungsordnung, wie es offiziell heißen soll, soll noch im Laufe dieses Monats dem Bundesrate vorgelegt und gleichzeitig veröffentlicht werden, damit die Allgemeinheit dazu Stellung nehmen kann. Dieses Vorgehen kann nur gebilligt werden, damit die Interessenten genügend Zeit haben, ihre Meinung zu äußern. Da das Gesetz der Beschlussfassung durch den Bundesrat noch nicht unterlegen hat, konnten die Mitteilungen darüber nur allgemeiner Natur sein. Ueber 1700 Paragraphen umfaßt die Reichsversicherungsordnung. Die hohe Zahl soll zum Teil dadurch erreicht sein, daß man die Paragraphen und die Sätze nicht allzu lang gemacht hat. Das ist erfreulich, denn die Verständlichkeit der Gesetze kann dadurch nur gehoben werden.

Was den Abschnitt über die Krankenversicherung anbetrifft, so wird das Verhältnis der eingeschriebenen Hilfskassen zu den Krankenkassen geregelt werden. Die Versicherungspflicht wird ausgedehnt auf das Gesunde, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die Hausgewerbetreibenden und die unabhängigen Arbeiter. Die Versicherungsordnung will weiter das Krankenkassenwesen in den Ortskrankenkassen im Interesse der Leistungsfähigkeit zentralisieren. Größere Betriebskrankenkassen sollen aufrecht erhalten, die Knappschaftskassen von der Neuregelung im wesentlichen überhaupt nicht berührt werden. Beiträge und Stimmrecht in den Krankenkassen sollen halbiert, der Vorsitzende gewählt werden. Für die Wahlen ist das Proportionalverfahren vorgeschrieben. Zur Regelung von Streitigkeiten zwischen Krankenkassen und Ärzten und Apothekern sind Schiedsbehörden vorgesehen. Die Boykottierung von Kranken oder gar von Sterbenden, wie dies in Köln möglich gewesen ist, muß als ein Rückfall in unsoziale Zustände, wie er nicht schlimmer gedacht werden kann, angesehen und soll durch die Einrichtung von Schiedsgerichten unmöglich gemacht werden. In Bezug auf das Ärztesystem werden keine bestimmten Vorschriften gemacht, da sich sowohl die unbeschränkte wie die beschränkte freie Arztwahl als auch das Kasernenarztesystem bewährt hätten.

Von einer Vereinfachung der Berufsgenossenschaften in der Unfallversicherung ist in der Reichsversicherungsordnung nicht die Rede. Berufsgenossenschaften wie Versicherungsanstalten hätten sich durchaus bewährt. Eine Änderung in der Rentensettelung hält auch der Staatssekretär für wünschenswert, und er glaubt auch eine Form gefunden zu haben, in welcher den allezeitigen Ansprüchen Gerechtigkeit widerfährt. Leider unterließ er mitzuteilen, wie diese Form ausieht.

Bei der Invalidenversicherung kam

in Frage, ob man den bestehenden Lohnklassen neue hinzufügen sollte, um dem Mittelstand eine größere Wohltat zuwenden zu können als bisher. Aus versicherungstechnischen Gründen hat man von einer solchen Vermehrung der Lohnklassen abgesehen, wenn auch der Gedanke durchaus gesund ist. Die Möglichkeit, sich höher zu versichern, soll auf eine andere Weise geschaffen werden.

Ueber die Organisationsfrage, d. h. den Aufbau der ganzen Versicherung, wurden nur ganz kurze Andeutungen gemacht, die darauf schließen lassen, daß man paritätische Versicherungsausschüsse zu bilden gedenkt, deren Krone dann das Reichsversicherungsamt sein würde.

Zum Schluß streifte der Staatssekretär auch die Hinterbliebenenversicherung, die unter recht ungünstigen Verhältnissen das Licht der Welt erblicken wird. Herr v. Bethmann-Hollweg hätte es lieber gesehen, wenn er dieses Gesetz später hätte vorlegen können; denn das Geld, das man für diese neue Versicherung zu haben glaubte, ist nicht da. Der ideale Traum, daß die Gelder aus den Ueberbüssen der Getreidezölle so reichlich und gleichmäßig fließen werden, daß man auf ihnen eine Hinterbliebenenversicherung aufbauen kann, ist verfliegen. Auch diese Versicherung wird auf feste Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber aufgebaut werden müssen unter festen Zuschüssen des Reiches. Das ist eine bittere Enttäuschung, die diejenigen am schwersten treffen wird, welche im Jahre 1902 für die Erhöhung der Getreidezölle stimmten auf das Versprechen der Regierung hin, daß aus den Ueberbüssen eine Hinterbliebenenversicherung geschaffen werden sollte.

Die Mitteilungen über die Versicherungsreform wurden unterbrochen durch einige allgemeine Betrachtungen über das Koalitionsrecht, die immerhin so interessant sind, daß wir nicht schüchtern darüber hinweggehen können. Herr v. Bethmann-Hollweg ist ein Freund des Koalitionsrechtes, er behauptet aber, daß das Koalitionswesen auch große Gefahren in sich birgt, die er zusammenfaßt in den Wörtern „Serrrenstandpunkt“, „schwarze Listen“, „Boykott“. Gegen diese Auswüchse des Koalitionsrechts würden Maßnahmen gefordert, gleichzeitig aber werde verlangt, daß das Koalitionswesen von seinen Fesseln befreit werde. Das kann nach dem Staatssekretär nur einen Sinn haben, wenn man, wie das in der Regel geschehe, unter der Freiheit des Koalitionswesens die Schrankenlosigkeit der einen und die Ohnmacht der anderen Koalitionen versteht. Es kommt nicht darauf an, daß man die Koalitionen in ihren gegenseitigen Kämpfen stärke, sondern darauf, daß man die Koalitionen, die an sich berechtigt und notwendig sind, darauf anweise, sich gegenseitig zu verstehen und gegenseitig miteinander arbeiten zu lernen. Es dürfte nicht alle Tage Kämpfe geben.

Es soll angegeben werden, daß diese Ausführungen einen Kern von Berechtigung haben. Wir möchten aber doch behaupten, daß man Auswüchse des Koalitionsrechts entfernen und trotzdem lästige Fesseln beseitigen kann. Eines bedingt das andere. Im übrigen liegen diesbezügliche Anträge dem Reichstage vor; dann wird sich Gelegenheit bieten, diese Frage im Zusammenhang eingehender zu behandeln.

□ Aus der Praxis der Arbeiter- versicherung.

Zu den schwierigeren Rechtsfällen in der Arbeiter-
versicherung gehören in der Regel die Streitfälle, bei
denen es sich um Bewilligung oder Nichtbewilligung
einer Hinterbliebenenrente handelt. Das sind jene
Unfälle, in denen der Verletzte verstorben ist und sich
die Streitfrage darum dreht, ob der Tod Folge des
Unfalls ist oder nicht. In den meisten Fällen ist
dieser Nachweis ziemlich leicht zu erbringen. Oft ist
es aber nicht so einfach, namentlich wenn durch den
Unfall eine Krankheit entstanden ist, die erst nach
längerer Zeit zum Tode geführt hat, und bei der es
dann rechtstreitig ist, ob diese Krankheit auch ohne
Unfall entstanden wäre oder nicht. Einen lehrreichen
Fall dieser Art hatten wir vor einigen Tagen am
Reichsversicherungsamt zu vertreten. Der Schlosser
Sch. war im Jahre 1906 an der Rückhülte in Alt-
waffer beschäftigt. Am 23. April 1906 beaufte er zu
seiner Arbeit eines 2 Meter langen Lineals. Als er
sich dieses Lineal holen wollte, stürzte er über ein-
gefallene Maschinenteile auf die rechte Schulter und
den rechten Oberarm. Er wurde infolge des Falles
kurze Zeit bewegungslos und ging nach 5 Stunden zum
Arzt, der feststellte, daß Sch. den rechten Arm nicht
heben konnte. Er stellte die Diagnose auf „Distorsion
des rechten Schultergelenks, verbunden mit einer un-
vollständigen Lähmung des Schulterhebenmuskels“. In
den nächsten 14 Tagen besserte sich der Zustand,
so daß der Verletzte schon vor dem Bürgermeister er-
klärte, er hoffe in wenigen Tagen seine Arbeit wieder
aufnehmen zu können. Dann aber trat plötzlich eine
wesentliche Verschärfung ein, die sich namentlich
in Schmerzen in den Beinen sowie im linken Schulter-
gelenk äußerte. Das Gesicht und die sichtbaren
Schleimhäute waren von wässriger Blässe. Es
traten Blutungen des Zahnefleisches ein; auch trat
Blut aus den Mastdarm. Der Zustand verschlimmerte
sich immer mehr. Es entwickelte sich eine Blasen-
lähmung und unter zunehmenden Schmerzen starb
Sch. am 17. Juni 1906, also fast zwei Monate nach
dem Unfall.

Auf Veranlassung der Berufsgenossenschaft wurde
die Leiche am vierten Tage nach dem Tode einer
Untersuchung durch Sektion unterworfen, bei der sich
aber auch keine wesentlichen Merkmale für die Ur-
sache des Todes ergaben. Bei dieser Untersuchung
muß es übrigens eigentümlich zugegangen sein, wie
sich später herausstellte. Sie fand am 21. Juni statt.
Nachmittags um 3 Uhr war das Begräbniß, um
5 Uhr kamen die Ärzte. Die Leiche wurde wieder
aus dem Grabe geholt, in einen niedrigeren, mit nur
kleinen Fenstern versehenen Raum gebracht, und dort
begann um 5,30 Uhr die Sektion. Wenn das Tageslicht
nicht mehr ausreichte, um sehen zu können, steckten die
Untersucher ein Streichholz an und untersuchten bei
dem Schein des Streichholzlichtes die Leichenteile.

Der behandelnde Arzt sprach sich dahin aus, daß
die Krankheitserscheinungen, die sich später eingestellt
hatten, in keinem Zusammenhange ständen mit
dem Unfall. Er führte den Tod auf Anämia perniciosa,
d. i. Blutzersetzung, zurück, eine Krankheit, die nur
entstehen kann, wenn der Krankheitsreger von
außen in das Blut hineingerät. Auf Grund dessen
lehnte die Berufsgenossenschaft die Bewilligung einer
Rente ab.

Die Witwe übergab die Angelegenheit zur Ver-
tretung Herrn Justizrat Ollendorf in Breslau, der
sich in außerordentlich eifriger und selbstloser Weise
ihrer Interessen angenommen hat. Im Laufe der
Verhandlung wurden nun im ganzen acht ärztliche
Gutachten eingeholt. Die Gutachter schieden sich
hauptsächlich in drei Gruppen. Die erste Gruppe
nahm die obengenannte Blutkrankheit als Todes-
ursache an und verneinte den Zusammenhang mit
dem Unfälle. Eine zweite Gruppe wurde haupt-
sächlich vertreten durch Herrn Dr. Sackur in Breslau,
der begutachtete, es habe beim Unfall eine leichte Er-
schütterung des Zentral-Nervensystems stattgefunden
und alle weiteren Krankheitserscheinungen seien darauf
zurückzuführen. Er erachtete den Unfall als Todes-
ursache.

Eine dritte Gruppe von Ärzten verwarf beide
Ansichten und behauptete, der Verletzte sei an einer
fortschreitenden Krankheit gestorben, die mit dem Un-
fall in keinem Zusammenhange stehe. Sclorbut soll
aber in Schlessen recht selten sein.

Ueber diese verschiedenen Möglichkeiten ist dann
von den Ärzten hin und her diskutiert und erwogen
worden, ohne daß man zu einem Resultat kommen
konnte, bis schließlich Herr Professor Rüttner in
Breslau als Obergutachter alle drei Theorien ab-
lehnte und seinerseits sagte, der Unfall sei ein schwerer
nicht gewesen. Die Folgen desselben seien schon fast
wieder beseitigt gewesen, als sich eine neue Krankheit
einstellte, die dann den Tod zur Folge hatte. Welche
Krankheit das gewesen sei, könne man nicht feststellen,
und es sei deshalb auch nicht möglich, über den Zu-
sammenhang oder Nichtzusammenhang des Todes mit
dem Unfall etwas Genaueres zu sagen. Auf Grund
dieses Gutachtens stellte sich dann das Schiedsgericht

in Breslau auf den Standpunkt, der Tod müsse doch
als Unfallfolge betrachtet werden, und sprach der
Klägerin die Rente zu.

Gegen dieses Urteil wurde dann seitens der Berufs-
genossenschaft beim Reichsversicherungsamt Rekurs
eingeleitet mit der Begründung, daß die Mehrzahl der
Gutachter einen Zusammenhang zwischen Tod und
Unfall verneine. Es spreche deshalb die übergroße
Wahrscheinlichkeit gegen einen Zusammenhang. In
mehreren Gutachten war nun gesagt worden, daß ein
Zusammenhang zwischen Tod und Unfall wohl an-
zunehmen sei, wenn nachgewiesen werden könne,
daß Sch. nach dem Unfall bewegungslos ge-
worden ist und Erbrechen gehabt hat. Diese
beiden Tatsachen nämlich würden dann für eine Erschüt-
terung des Zentral-Nervensystems beim Unfall sprechen.
Das Reichsversicherungsamt erhob nun nach dieser
Richtung einen schon früher angebotenen Beweis,
und es wurde geneigentlich festgestellt, daß der Ver-
letzte nach dem Unfall 5-6 Minuten lang bewegungslos
gewesen ist. Auch die Eltern des Verletzten bezeugten,
daß dieser in den ersten 3 Tagen mehrfach Erbrechen
gehabt hat. Das Reichsversicherungsamt schloß sich
dann in seinem Urteil dem Schiedsgericht an und
verpflichtete die Berufsgenossenschaft, der Witwe die
Hinterbliebenenrente weiter zu zahlen. Ein lücken-
loser Zusammenhang zwischen Tod und Unfall sei
zwar nicht nachgewiesen; jedoch darf man mit der
größeren Wahrscheinlichkeit diesen Zusammenhang als
gegeben betrachten.

Von unserer Seite wurde noch ausgeführt, daß
der ausschlaggebende Gutachter, Herr Professor Rüttner,
sich aus zwei Gründen über den Zusammenhang nicht
klar ausgesprochen habe: Erstes, es habe keine
Untersuchung des Blutes stattgefunden, und man
könne deshalb nicht sagen, welche Blutkrankheit den
Tod verschuldet habe. Daß diese Feststellung nicht
großen Wert habe, sei aber nicht Schuld des Ver-
letzten oder der Sektion, sondern daß sei Ver-
schulden des behandelnden Arztes, der, wie er selber
zugebe, aus rein äußerlichen Gründen es versäumt
habe, mehrere Blutuntersuchungen vorzunehmen. Der
zweite Grund, der Professor Rüttner erwähnte, sich
über den Zusammenhang klar auszusprechen, war der,
daß bei der Ausgrabung der Leiche eine mikroskopische
Untersuchung des Rückenmarkes stattgefunden habe,
auch nicht mehr hätte stattfinden können, weil bei
einer vier Tage alten Leiche im Hochsommer die Zer-
setzung bereits soweit vorgeschritten sei, daß das
Rückenmark zu Brei gelassen sei und keine krank-
haften Veränderungen mehr erkennen lasse. Auch
dieser Mangel der Untersuchung sei, so wurde von
uns ausgeführt, wie auch der erste, nicht entstanden
durch den Verletzten, sondern durch den behandelnden
Arzt. Für ärztliche Kunstfehler könne man aber den
Verletzten bzw. die Hinterbliebenen nicht verantwor-
tlich machen, und gerade weil diese Mängel vorlagen,
müsse hier zugunsten der Witwe entschieden werden.
Das Reichsversicherungsamt hat sich dann auch, wie
gesagt, diesen Erwägungen angeschlossen. Für die
Witwe hat das die Bedeutung, daß sie mit ihren
Kindern zusammen jährlich eine Rente von über
720 Mk. erhält. Ein Betrag, der ihr verloren ge-
gangen wäre, wenn sie nicht Rente zur Seite gehabt
hätte, die sich ihrer Interessen annahm.

Allgemeine Hundschau.

Dienstag, den 9. Februar 1909.

An die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands
richtete sich ein Aufruf der Zentralkommission der
Tabakarbeiter Deutschlands. Es wird darin noch
einmal gegen jede Mehrbelastung des Tabaks pro-
testiert. Da der Tabak kein Nahrungsmittel, sondern ein
Genugmittel ist, muß der Verbrauch bei jeder Mehr-
belastung zurückgehen. Das habe sich deutlich bei der
Zollerhöhung im Jahre 1879 gezeigt. Die Arbeiter
wurden dadurch zum Teil brotlos, die in Beschäfti-
gung Bleibenden durften nur halbe Tage arbeiten,
und ungeheuerliches Elend kam über diejenigen, die
bis dahin in der Tabakindustrie beschäftigt waren.
Hierin ist auch die Ursache zu erblicken, daß der Durch-
schnittsverdienst der Tabakarbeiter gegenüber dem der
übrigen Arbeiter Deutschlands um 44 pSt. zurück-
geblieben ist.

Auch heute würde eine Erhöhung des Tabaks
ähnliche Folgen verursachen. Dadurch würden aber
nicht allein die Tabakarbeiter geschädigt, sondern die
Arbeiterschaft im allgemeinen. Denn die brotlos ge-
machten Tabakarbeiter müßten verhungern, in anderen
Industrien Beschäftigung zu finden und würden dort
die Arbeitslosen vermehren und dadurch auf die
Löhne drücken. Bisher hat die Tabakindustrie manchem
verkrüppelten und schwächlichen Menschen Unterschlupf
gegeben. So mancher in einer anderen Industrie
verunglückte Arbeiter, welcher bei der ihm länglich
zugeflossenen Unfallrente nicht erkranken konnte, wurde
im späteren Lebensalter noch Tabakarbeiter. Wenn
die Tabakindustrie durch eine Zoll- oder Steuerer-
höhung in eine so furchtbare Krise hineingerät, wird
das nicht nur nicht mehr möglich sein, sondern die
jetzt beim Tabak beschäftigten Krüppel werden als die

weniger leistungsfähigen Arbeiter massenhaft arbeitslos
werden.

Deshalb haben alle Arbeiter Deutschlands nicht
nur als Konsumenten, sondern als Produzenten ein
lebhaftes Interesse an der Ablehnung jeder Tabak-
steuer und müssen die Tabakarbeiter in ihrem Kampfe
gegen dieselbe unterstützen. Alle Arbeiter, gleichviel
welches Glaubens und welcher gewerkschaftlichen oder
politischen Richtung, alle müssen eintreten, um den
Tabakarbeitern in ihrem schweren Kampfe zum Siege
zu verhelfen. „Sein Arbeiter, seine Arbeiterin“, so
schreibt der Aufruf, kann und darf werden, daß so
große Massen zu Nullis degradiert werden. Deshalb
unterstützt unsere Protestbewegung mit aller auch zu
Gebote stehenden Energie, und wo immer unsere
Vertreter sich an auch um moralische Beihilfe wenden,
läßt sie nicht vergeblich mahnen!“

Auch wir wünschen, daß dieser Ruf nicht unge-
hört verhallt, sondern von allen Kollegen und
Kolleginnen beherzigt wird.

Die Aussichten auf Erfüllung der vom allge-
meinen Bergarbeiterkongreß aufgestellten Forde-
rungen haben sich, wie die „Frankf. Ztg.“ erfahren
haben will, sehr gebessert. Wenn auch ein Reichs-
berggesetz vorläufig nicht zustande kommen werde,
so habe die Forderung auf Einführung von
Arbeiterkontrollen in der vom Kongreß
geforderten Form gute Aussicht, verwirklicht
zu werden. Das Frankfurter Blatt schreibt zu die-
ser Frage:

Die preussische Regierung beabsichtigt bekanntlich
Arbeiterkontrollen nach dem Muster der in Saarrevier
tätigen einzuführen. Sie will einen Arbeiterkontrollen
für jedes Steigerrevier einsetzen, aber dieser Kontrollen
soll im Arbeitsverhältnisse verbleiben und seinen Lohn
von der Jede erhalten. Er soll also nur Kontrollen
im Nebenamt sein. Dieser Vorschlag hat bei den
Zechenbesitzern den lebhaftesten Widerstand ge-
funden, da das Verbleiben des Kontrollen in Arbeits-
verhältnisse auf einer Privatgrube eine Quelle unaufrichtiger
und gefährlicher Zusammenhänge mit der Wer-
leistung bilden würde. Die Unabhängigkeit sowohl des
Kontrollen als auch der Werkleitung würde in Frage
gestellt sein und jede Entlassung eines solchen Vertrauens-
mannes der Arbeiter aus irgendwelchen Gründen, sei es
der Trägheit, des Arbeitsmangels oder ungenügender
Arbeitsleistung, würde unheilbar Erbitterung und Kampf
zur Folge haben. Daher begegnet die Forderung des
Kongresses, für 2000 Verletzte einen Kontrollen im
Hauptamte anzustellen und ihn als unabhängigen
Vertrauensmann staatlich zu befehlen, in Zechenbesitzer-
kreisen viel größerer Sympathie. Sie erachten
diesen Vorschlag für vernünftiger als die Vorschläge der
Regierung. Während nach diesen Vorschlägen auf eine
Belegschaft von 2000 Mann, je nach der Größe der
Grube, sechs oder mehr nebenamtliche Kontrollen ein-
zusetzen, denen die angeführten Bedenken entgegenstünden,
würde der Vorschlag des Kongresses für 2000 Mann
Belegschaft nur einen Kontrollen bringen, dafür aber
einen unabhängigen und wirksamen Mann. Auch das
geheimen Wahrheit würde man in Zechenbesitzerkreisen bei
der Verwirklichung dieses Vorschlages viel weniger bean-
standen, da die Werkleitungen in diesem Falle jedes
disziplinären Verhältnisses zu dem Kontrollen entbunden
wären und lediglich die Belegte selbst die Verant-
wortung für ihn zu tragen hätten. Dagegen könnte sich
das Bestreben auch der Parteien der Rechten im
preussischen Abgeordnetenhause sichtlich darauf richten,
dem Vorschlage des Bergarbeiterkongresses gegenüber den
Vorschlägen der Regierung zum Siege zu verhelfen, und
dann würde wohl auch die Regierung ihre Zustimmung
geben.“

Wenn das zutrifft, wäre es ein glänzender Er-
folg des Bergarbeiterkongresses. Ohne seine Ber-
anstaltung würde man diese Forderung nicht so
bald erfüllt haben. Hoffentlich findet man auch
für die anderen Wünsche recht bald das nötige Ver-
ständnis!

Ein erneuter Konflikt zwischen Ärzten und
Krankenkassen besteht schon seit längerer Zeit in
Köln a. Rh. Wir haben darüber schon mehrere
Male kurz berichtet. Früher bestand in Köln die be-
schränkt freie Arztwahl. In den neuen Verträgen
aber war die völlig freie Arztwahl vorgesehen. Die
Kölnner Ärzte hatten sich geweigert, auf der Grund-
lage der beschränkt freien Arztwahl die Verträge mit
den Kassen zu verlängern. Die Folge war, daß der
Krankentassenverband sich mit auswärtigen Ärzten
in Verbindung setzte und neue Verträge mit ihnen
abschloß. Daraufhin erklärten die organisierten Ärzte
von Köln und Umgegend, daß sie vom 1. Februar d. J.
ab keine Kassenglieder und Familienangehörige,
auch nicht gegen Bezahlung behandeln würden. Sie
hofften auf diese Weise einen Notstand herbeizuführen,
der die Regierung zum Eingreifen veranlaßt. Offen-
bar aber haben sie die Rechnung ohne den Wirt ge-
macht. Denn dem Krankentassenverband ist es ge-
lungen, 57 Ärzte heranzuziehen, die für die Be-
handlung der 87 000 Mitglieder der Krankentassen
und ihrer Angehörigen einmitleiden genügen dürften,
namentlich da gegen Ende des Winters die Zahl der
Kranken abzunehmen pflegt.

Es steht demnach zu erwarten, daß die Folge
der Behandlungsverweigerung der Ärzte nur die

sein wird, daß die erkrankten Angehörigen der Klassen mitglieder sich an die neuen Ärzte wenden, und die alten Ärzte das ihnen aus der Behandlung der Familienangehörigen bisher zugeflossene Honorar einzubringen werden. Jedenfalls bildet dieser Konflikt eine nicht gerade erfreuliche Erscheinung, und es wäre im beiderseitigen Interesse dringend erwünscht, daß er so schnell wie möglich aus der Welt geschafft wird.

Arbeiterbewegung. Zwischen den Töpfermeistern und den Gesellen in Hildesheim ist es zu Tarifdifferenzen gekommen. Der am 1. April ablaufende Tarif wurde von den Meistern gefündigt und gleichzeitig den Gesellen mitgeteilt, daß die bisherigen Löhne nicht weiter gezahlt werden können. Die Gesellen wollten auf Lohnerhöhungen verzichten, sich andererseits aber keinerlei Abzüge gefallen lassen. Der Ausgang des Konflikts läßt sich zurzeit noch nicht absehen. — Auch im Breslauer Töpfergewerbe ist der bis zum 1. April geltende Tarif von den Töpfermeistern und Maschinenfabrikanten gefündigt worden unter Berufung auf die von der Gesellenschaft gewünschten Lohnerhöhungen. Angesichts der ungünstigen Lage im Baugewerbe könnte auch nicht die geringste Zulage gewährt werden. Die Gesellen beschloßen, einstweilen eine abwartende Stellung einzunehmen. — Mit einem guten Erfolge für die Arbeiter wurde in Feuerbach i. W. eine Lohnbewegung der Bäcker gesellen durchgeführt. Es kam zum Abschluß eines Tarifvertrages, der den Gesellen bessere Löhne, geregelte Arbeitszeit und mancherlei soziale Vorteile bietet. — In Virgnitz befinden sich die Schneidergehilfen in einer Lohnbewegung. Die Organisationen haben gemeinsam einen Tarif aufgestellt, der eine wesentliche Aufbesserung der Löhne, die Festsetzung der zehnwöchentlichen Arbeitszeit und Aufschlag für Nacht- und Ueberstunden verlangt. Dieser Tarif soll den Arbeitgebern von einer gemeinschaftlichen Kommission unterbreitet werden. — Der Streik der Konfektionsschneider in Elberfeld-Barmen ist nach mehrwöchentlicher Dauer durch beiderseitiges Entgegenkommen beendet worden. — In Hölzig bei Reichenbach (Bayern) sind wegen Lohnunterschieden über 800 Fabrikationsmacher ausgesperrt worden. Eine Aussperrung sämtlicher Tischergesellen beabsichtigt die Vereinigung der Tischlermeister Nieder-Deisterlands vorzunehmen, da alle Einigungsversuche bisher vergeblich gewesen sind. Rund 8000 Arbeiter würden von dieser Maßnahme betroffen werden.

Der Allgemeine Bergarbeiterkongress, der vergangene Woche in Berlin getagt hat, findet selbstverständlich nicht den Beifall der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung. Sie stellt den Kongress hin als eine „stümlich ungeschickte verblühte Wache der roten Partei“. Den Firsch-Dunckerischen habe man mit einer gewissen Abkühllichkeit einen möglichst weiten Bewegungsräum gewährt. Auf diese Weise lud das Blatt die Veranstaltung in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Vergleiche Liebesmüh! Die Tatsachen, die auf dem Bergarbeiterkongress zur Sprache kamen, sahen auch die Arbeitgeber-Zeitung nicht aus der Welt schaffen, und so gefällte sie sich denn darin, sich in wüßigen Bemerkungen zu ergehen über das würdevolle Kopfschütteln, das auch von der liberalen bürgerlichen Presse durch die Kongressverhandlungen hervorgerufen worden sei. Das Fernbleiben der Regierung findet das Blatt natürlich ganz selbstverständlich. Die Schuld daran trage die Sozialdemokratie, bei der sich die Arbeiterklasse bedanken könne, wenn der etwa berechnete Kern der vorgebrachten Beschwerden durch die Parteipropaganda erstickt worden ist. „Eine ruhig und sachlich vorgehende Versammlung hätte gewiß ein gewisses Anrecht auf Beachtung gehabt und gefunden.“

So schreibt die „Arbeiter-Zeitung“. Zunächst steht fest und wird von allen unparteiischen Zeitnehmern gern bezeugt werden, daß die Verhandlungen auf dem Bergarbeiterkongress durchaus von strenger Sachlichkeit getragen waren. Daß blöwelen die tiefe Erbitterung, die in den Vergleichen über die Nichterfüllung ihrer Forderungen steht, zum Ausdruck kam, ist doch nur natürlich. Direkt aber ist aber die Behauptung des Scharfmacherblattes, daß eine „ruhig und sachlich vorgehende Versammlung“ vielleicht mehr Entgegenkommen gefunden hätte. Wie konnte man denn vorher wissen, daß die Versammlung nicht ruhig und sachlich vorgehen würde? Es ist eben der blöde Haß, der in diesen Betrachtungen zum Ausdruck kommt und der jedes klare Urteil trüben muß. Deshalb wird man jenen Heberlein auch nicht allzuviel Beachtung schenken. Die Zeit liegt nicht mehr fern, da man die auf dem Bergarbeiterkongress zum Ausdruck gebrachten Wünsche erfüllen will. Den Anfang damit scheint man, wie an anderer Stelle des Blattes bemerkt ist, sogar schon recht bald machen zu wollen.

Die Attentate auf das Koalitionsrecht der Angestellten in Oberschlesien mehren sich. Der schon kürzlich genannte Geheimrat Uthemann von der Vie-

schegrube in Schoppin hat neuerdings wieder eine Verfügung erlassen, in welcher die Einstellung von Zeitgeschickverretern angeordnet wird. In dieser Veröffentlichung findet sich folgende bemerkenswerte Stelle:

„Zur Bedingung für die Anlegung mache ich auf jeden Fall, daß die Zeitgeschickverreter nicht Mitglieder des Bundes der technisch-industriellen Beamten sind, und daß sie, falls sie mit dem Bunde verkehrten, entlassen werden würden. Das ist den Leuten bei der Einstellung zu eröffnen.“

Daraus erhellt man, daß es dieser Herr Geheimrat lediglich auf die Vernichtung der Organisation der Angestellten abgesehen hat. Ob wohl Herr von Bethmann-Hollweg, wenn er von diesen Vorgängen hört, immer noch der Meinung ist, daß das Koalitionsrecht seines Schutzes bedarf? Aber abgesehen davon verdient das Verhalten des Herrn Uthemann auch sonst noch scharfe Beurteilung. Für die Anstellung der Steiger soll bei ihrem verantwortungsvollen Beruf allein ihre Befähigung maßgebend sein und nicht ihre Gefinnung bezw. Organisationszugehörigkeit. Von diesem Grundtat weicht der Herr Geheimrat Uthemann entschieden ab. Soll es doch sogar vorgekommen sein, daß in den letzten Tagen auf der Viechegrube ein Oberhäuer die Qualifikation als Steiger erhalten hat, dem sie früher mehrmals aus berechtigten Gründen verweigert worden war. Wenn sich diese Nachricht bewahrheitet, dann wäre es die höchste Zeit, daß die königliche Aufsichtsbehörde einschreitet und dem Herrn Geheimrat Uthemann sein gefährliches Handwerk legt.

Als 384. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen wird am Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr, ein Projektionsvortrag in der Urania (Laubenstraße) über Dalmatien gehalten.

Am denselben Tage, abends 7 Uhr, findet auch die 385. Veranstaltung statt, und zwar im Beethovenfjal (Köthenerstr. 32). Es werden mitwirken: Fräulein Margarete Frankenstein (Rezitation), Fräulein Emma Koch (Klavier), Frau Helene Lieban-Globig, Herr Kammerjänger Julius Lieban (Vieder und Duette).

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908.

Ortsverband Gelsenkirchen. Unser Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 10 Vorstandssitzungen, 12 Vertreteritzungen, 1 Sitzung mit der Agitationskommission und 1 Sitzung mit dem Ortsverband Wanne, in der Kollege Hodelung Duisburg über „Die Konzentration der Arbeiterrezitation“ referierte. In einer öffentlichen Versammlung referierte Kollege Goldschmidt über: „Was muß der Gewerbetreibende von der Politik wissen?“ In 3 Ortsverbandsversammlungen sprachen die Kollegen vom Her-Vorstand und Auar-Gelsenkirchen über „Wie kann die Organisation gehoben werden?“ und den „7. Statutenentwurf des Bodumer Knappschafsbereins“. Am Anfang des Jahres bestand der Ortsverband aus 22 Ortsvereinen, am Ende nur aus 21, da sich der Ortsverein der graphischen Berufe und Maler durch den ungünstigen Ausgang eines Streiks auflöste. Die Notwendigkeit eines Arbeitersekretariats wurde von vielen Kollegen anerkannt und zu den nötigen Vorarbeiten geschritten. Gemeinsam mit dem Ortsverband Wanne sollte es errichtet werden, aber durch die Interesslosigkeit verschiedener Ortsvereine konnte an die Gründung eines und so not tuernden Instituts nicht herangetreten werden.

Das 40 jährige Bestehen der Deutschen Gewerbetreibere wurde durch einen Sommer gefeiert, bei dem der geräumige Saal sich als viel zu klein erwies. Kollege Pieper hielt die Festrede.

Der Vorstand und die Agitationskommission waren Sonntag für Sonntag, wenn Versammlungen stattfanden, in diesen anwesend. Wir haben uns keine Mühe verbrießen lassen, die Ideen der Deutschen Gewerbetreibere in den Ortsvereinsversammlungen immer und immer wieder klar zu legen. Dabei hat sich den hier tätigen Kollegen die Ueberzeugung aufgetragen, daß die Arbeiter nach einer einheitlichen Arbeiterorganisation verlangen, mit der allein dauernde Erfolge zu erzielen sind. Oskar Heinrich.

Ortsverband Göttingen. Der Ortsverband erledigte seine laufenden Geschäfte in 4 Ausschußitzungen, 6 kombinierten Sitzungen und 4 Versammlungen. Die Versammlungen waren mäßig besucht. Schuld daran war wohl der flauere Geschäftsgang in einigen Betrieben. Es wurde trotzdem Abstand genommen von einer Eingabe an die Stadtverwaltung betreffs Notstandsarbeiten, da nur in einigen Betrieben die Arbeitszeit auf 8 Stunden reduziert wurde, besondere Arbeiterentlassungen aber nicht stattfanden. Als Hauptpunkte der Tagesordnung sind besonders hervorzuheben: Die Errichtung eines Arbeitersekretariats in Stuttgart, welches ja im neuen Jahre schon seine Erledigung fand, ferner das 40 jährige Bestehen der Deutschen Gewerbetreibere in Ulm. Rüge nun vor Ortsverband im neuen Geschäftsjahre wie im alten zum Nutzen und Segen der allgemeinen Gewerbetreibere dienen. Otto Häser, Schriftführer.

Ortsverband Göttingen. Unser Ortsverband wurde erst am 24. August des vergangenen Jahres von den 3 am Orte bestehenden Ortsvereinen der Maschinenbau- und Metallarbeiter, der graphischen Berufe und Maler und der Holzarbeiter gegründet. Derselbe entfaltete seine Tätigkeit in zwei Ausschußitzungen, 1 kombinierten Ausschußitzung und 2 Ortsverbandsversammlungen. In der ersten Ortsverbandsversammlung hielt Herr Lehrer Raib-Gera einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Wie gelangen wir zu einem Ausgleich der sozialen Gegensätze?“ In der zweiten Ortsverbandsversammlung hielt unser Herr Lehrer Weder-Götting einen Vortrag über die Volksschule, wie sie ist und wie sie sein soll. Das 40 jährige Bestehen der Deutschen Gewerbetreibere wurde am 19. September durch Konzert und Ball gefeiert. Eine Festrede hielt unser Kollege Verberger-Galle. Was das Interesse der Mitglieder am Ortsverbande anbelangt, so bleibt noch viel zu wünschen übrig. Der Ausfluß, wie es sich aber angelegen sein lassen, dies nach Kräften zu verbessern. Wilhelm Koge, Sekretär.

Ortsverband Göttingen. Unser Ortsverband besteht aus 4 Ortsvereinen mit 126 Mitgliedern. Im vergangenen Jahre fanden vier Vorstandssitzungen, 5 Vertreteritzungen und 3 Ortsverbandsversammlungen statt. In der ersten Versammlung sprach Kollege Jöller-Dagen über „Die Stellung der Gewerbetreibere in der Arbeiterbewegung“, in der zweiten Kollege Lange-Essen über „Den Anfluß an den Bezirk“ und in der dritten Kollege Wubertus-Mantelstein über „Wohnungsfragen“. Dem letzten Redner standen bei seinem Referat aus seiner Tätigkeit als Gemeindevorsteher mancherlei praktische Erfahrungen zur Seite, die er den Zuhörern mitteilen konnte. Es haben sich bereits mehrere Kollegen ein Stückchen Land gekauft, um sich darauf ein eigenes Heim zu gründen. Auf der Südwestseite von Mantelstein werden im Laufe d. J. 7 Zwei-Familienhäuser, jedes mit 8-10 Zimmern, gebaut werden. Weitere werden noch folgen. Auch in Göttingen haben deswegen bereits Besprechungen stattgefunden. Hier wird der Stadtverordnete Kollege Sellmann alles aufbieten, um die Sache für unsere Kollegen im günstigen Sinne zu regeln. Dies ist umso notwendiger, weil die dortige Bauwesenwirtschaft mit ihren Säugern den Wünschen der Arbeiter nicht entspricht und zu hohe Mieten verlangt.

Was die Agitation anbelangt, so ist dieselbe hier überaus schwierig, die Gewinnung neuer Berufe ist fast unmöglich. Unsere Bemühungen, Gewerbetreibere auf die Lüste der Schöffen und Geschworenen zu bekommen, sind leider vergeblich gewesen. Selbst eine wiederholte Eingabe gemeinschaftlich mit dem ewangelischen Arbeiterverein blieb unberücksichtigt.

Die Feier des 40 jährigen Bestehens unserer Organisation wurde am 4. Oktober festlich begangen. Kollege Lange-Essen hielt eine der Bedeutung des Tages angelegte Festrede. Zum Schluß möchte ich den Wunsch aussprechen, daß die Kollegen die Versammlungen besser besuchen. Nur dann werden auch die einzelnen Vereinsausflüge Lust und Liebe haben, stets eine rege Tätigkeit im Interesse unserer Sache zu entfalten.

Franz Winbrud, Schriftführer.

Ortsverband Rindberg-Helmbrechts. Der Verband besteht zurzeit aus zwei Ortsvereinen mit 100 Mitgliedern und erledigte seine Geschäfte in 2 Generalversammlungen und 4 Sitzungen. Im Laufe des Jahres wurde ein Frauenverein gegründet, der jedoch keine Tätigkeit entfalten konnte. Ende August wurden von Ortsverband Eingaben an die Magistrat gerichtet um Zuziehung von Arbeitern zu Schöffen und Geschworenen, mit dem Erfolge, daß auch unser Kollege Ad. Herrlich von Helmbrechts mit ausgelost wurde. Auch beteiligte sich unser Ortsverband bei der am 4. Oktober stattgefundenen Konferenz in Augsburg durch einen Delegierten. Eine im September ergangene Anregung betr. Notstandsarbeiten konnte nicht berücksichtigt werden, weil unsere Mitglieder so ziemlich zu arbeiten hatten. Die eingelaufenen Korrespondenzen wurden immer sobald als möglich sofort erledigt und in Ordnung gebracht. Auch ist in diesem Jahre der Massenbestand ein befriedigender, obwohl sehr große Ausgaben gemacht werden mußten. Wir hoffen auch, daß im neuen Jahre ein gehöriger Aufschwung erfolgt zum Wohle der Mitglieder und ihrer Angehörigen. Auch wird noch an dieser Stelle dringend erbeten, daß die Mitglieder recht fleißig die Versammlungen besuchen und dadurch bezeugen, daß sie mit ganzem Herzen zu uns gehören. Nicht alle stets auf dem Posten sind, dann wird der Segen nicht ausbleiben und unsere Bewegung auch hier vorwärts schreiten. Adam Boit, Schriftführer.

Ortsverband Potsdam. Reich an Agitationsarbeit, aber ebenso nutzbringend für den hiesigen Ortsverband war das verstlossene Jahr 1908. Wer die Verhältnisse einer Stadt wie Potsdam, einer Beamtenschaft, kennt, wo Industrie wenig oder fast gar nicht vorhanden ist, wird zugestehen, daß es für den Ausfluß kein Leichtes ist, unsere Sache vorwärts zu bringen, aber wir sind mit dem, was wir geschafft haben, zufrieden. 7 Vereine mit 670 Mitgliedern sind dem Ortsverbande angeschlossen. In 8 Vertreteritzungen, 2 kombinierten Vorstandssitzungen und 4 Verbandsversammlungen fanden die Geschäfte ihre Erledigung. Verschiedene Vorträge des Kollegen Rügge vom Gewerbetreibere der Schneider brachten Anregung unter die Kollegen und wirkten belebend. Eine große öffentliche Gewerbetreibereversammlung, von unster-

Kollegen gut besucht, in welcher der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt über Weltanschauung und Arbeiterbewegung referierte...

Den Verein der Deutschen Kaufleute, sowie die Mitglieder der Zählstelle Potsdam des Bundes der Brauer konnten wir für den Ortsverband gewinnen...

An einer vom Zentralrat zum 15. November nach Kottbus einberufenen Bezirkskonferenz nahmen zwei Vertreter teil...

Das 40 jährige Bestehen der Deutschen Gewerksvereine wurde in würdiger Weise mit einer Gedächtnisfeier für die verstorbenen Gründer...

Bei dieser Gelegenheit sei nochmals darauf hingewiesen, daß wandende Kollegen, welche unseren Ort passieren, 75 Pf. Ortsverbandsgebühren erhalten...

Eug. Bolter, Ortsverbandschriftführer.

Gewerksvereins-Teil.

Berlin. (Bezirksverband der Fabrik- und Handarbeiter.) Am 10. Januar fand hier im Verbandshaus die 3. ordentliche Generalversammlung...

Zum Schluß mahnte er alle Anwesenden zu reger Mitarbeit; dann wird es auch gelingen, vorwärts zu kommen.

In der Diskussion sprach Kollege Jahn dem neuen Beamten seinen Dank aus für die Tätigkeit in seiner erst kurzen Amtsdauer und wies darauf hin, daß mit allem Nachdruck gearbeitet werden müsse...

D. Cordes, Schriftführer. In unserer ersten diesjährigen Versammlung, die am 17. Januar stattfand, bildete der Tätigkeits- und Kassenbericht den Hauptpunkt der Tagesordnung...

Verbands-Teil.

Brandenburg. Niederschlesischer Ausbreitungsverband (Vorort Spremberg).

Die geehrten Vereine werden ersucht, sämtliche Schriftsachen an Herrn Carl Ulrich, Spremberg, Langestraße 36, zu senden.

Veranstaltungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.D.), Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, N.O., Greifswalderstr. 221/22.

vereine, N.O., Greifswalderstr. 221/223. Mittwoch, 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Kollegen Jordan über: Arbeitslosigkeit...

Leipzig. Deutsche Handelsreisende-Veranstaltung. Die Veranstaltungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant 'Zum letzten Geler', Lindenau, Eigenstraße, statt.

Orts- und Bezirksverbände.

Hesse (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witzschke-Wittler, Distriktsklub...

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Notarbeamten-Gesuch!

Zum 1. April d. J. ist im Ortsverein der Schneider zu Stettin die Stelle eines Notarbeamten zu besetzen...

Barth (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pf. Karten...

Chemnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Karten...

Wittenberg (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Karten...

Wilm (Ortsverband). Durchreisende erhalten 50 Pf. Karten...

Dauzig (Ortsverband). Durchreisende erhalten 50 Pf. Karten...

Madeburg (Ortsverband). Durchreisende erhalten 50 Pf. Karten...

Magdeburg (Handwerker). Durchreisende erhalten 50 Pf. Karten...

Fidelitas.

Zeitschrift, enth. Lustspiele, Soloszenen, Complots (mit Musik)...

Weissenfels a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterhaltungskarten...

Chemnitz (Ortsverb.). Karten und Arbeitsnachweise bei Kollegen Kurt Weigel, Chemnitz-Gabeln...

Jena. (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pf. Unterhaltungskarten...

Eisenach u. Umgebung (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pf. Karten...

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder! Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die Frauen-Begräbnis-Kasse des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine...